

**Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD****Demenzerkrankungen – eine gesellschaftliche und gesundheitspolitische Herausforderung für das Land Bremen**

Demenz ist eine erworbene und meist fortschreitende Beeinträchtigung geistiger Fähigkeiten als Folge einer organischen Hirnerkrankung. Die Ursache liegt in einem Substanzabbau im Gehirn und ist bis heute ungeklärt. Eine Reihe von angeborenen Erkrankungen des Nervensystems oder Stoffwechsels führen zur Demenz bereits im Kindesalter. Etwa 10 % aller Demenzfälle beruhen auf einer behandelbaren Grundstörung und können sich unter einer Therapie bessern.

Die Zahl der Demenzkranken hat auch im Land Bremen in den letzten Jahren zugenommen. Der bedeutendste Risikofaktor für das Auftreten einer Demenz ist das Alter. Die Zahl der Demenzerkrankungen wird angesichts der demographischen Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland weiter steigen. Daraus ergeben sich in Art und Umfang neue Probleme und Aufgaben für die medizinische und pflegerische Versorgung und ein dementsprechender Handlungsbedarf.

Bezüglich der verbesserten Hilfen für Demenzkranke im Land Bremen hat der Senat am 31. Juli 2001 bereits eine Mitteilung vorgelegt (Drucksache 15/778).

Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit werden Ärzte hinsichtlich der Früherkennung von Demenzerkrankungen sensibilisiert und qualifiziert, und inwieweit ist die Aus-, Fort- und Weiterbildung fortgeschritten im Vergleich zur Mitteilung des Senats vom 21. Juli 2001?
2. Erachtet es der Senat vor dem Hintergrund der rasch wachsenden Zahl demenzieller Erkrankungen für sinnvoll, dass die Studiengänge Pflege- und Gesundheitswissenschaften im Lande Bremen ihre Forschungsarbeit hinsichtlich der ambulanten medizinischen und pflegerischen Versorgung von Demenzpatienten intensivieren? Wie wird im Lande Bremen sichergestellt, dass die wissenschaftlich gewonnenen Erkenntnisse möglichst rasch in die medizinische und pflegerische Praxis Eingang finden?
3. Wie bewertet der Senat Bestrebungen insbesondere von Angehörigen, für Demenzerkrankte, die in ihren Familien nicht betreut werden können, jedoch keiner stationären Behandlung bedürfen, betreute Wohngruppen einzurichten? Gibt es im Land Bremen entsprechende Initiativen und wie werden sie ggf. unterstützt.
4. Gibt es Überlegungen, psychiatrische Tageskliniken für Demenzkranke mit spezifischen Behandlungsangeboten auszubauen, und wenn ja, wie kann eine noch bessere Abstimmung der medizinischen Angebote mit denen der Altenhilfe erreicht werden?
5. Mit welchen baulichen Möglichkeiten wird dem Bewegungsdrang in den Einrichtungen für Demenzkranke bei Neubauten Rechnung getragen?
6. Inwieweit sieht der Senat Möglichkeiten, in den Stadtteilen zwischen den verschiedenen Trägern Vernetzungen anzuregen, um die Versorgung der Erkrankten besser zu gewährleisten?

7. Inwieweit werden den Pflegekräften aktuell spezielle Kenntnisse über den adäquaten Umgang mit Demenzkranken vermittelt, und wie werden die Qualifizierungsmaßnahmen für Fachkräfte sichergestellt?
8. Welche diagnostischen Verfahren sind zur Früherkennung dieser Krankheitsbilder einsetzbar, und ist davon auszugehen, dass diese Verfahren bei den potenziellen Patienten flächendeckend zur Anwendung kommen?
9. Welche präventiven Maßnahmen zur Verhinderung bzw. Verzögerung der Demenzerkrankungen stehen zur Verfügung, und was wird davon in Bremen umgesetzt?
10. Wie kann die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Krankheit Demenz verbessert werden, um sie zu enttabuisieren?
11. Welche Selbsthilfeangebote für Demenzkranke gibt es bereits im Land Bremen und inwieweit gibt es Überlegungen, diese auszubauen?
12. Mit welcher Entwicklung für das Land Bremen ist in Zukunft zu rechnen, und welche Erkenntnisse aus dem 4. Altenbericht der Bundesregierung ergeben sich im Zusammenhang mit den Demenzerkrankungen?

Karl Uwe Oppermann,  
Brigitte Dreyer, Eckhoff und die Fraktion der CDU

Ursula Arnold-Cramer, Böhrnsen und Fraktion der SPD